

Dresdner Volkszeitung

Polizeistempel: Dresden.
Ruben & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 54,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 31,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 8spaltige Reklamzeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 1 M.

Nr. 80

Dresden, Dienstag den 4. April 1922

33. Jahrg.

Englands Ziele in Genua

Lloyd Georges Rede im Unterhaus

Lloyd Georges Rede im Unterhause. — Seine Forderung des Versäufers Vertrags

London, 3. April. Lloyd George hat heute in dem bis auf den letzten Platz besetzten Unterhause seine mit großer Spannung erwartete große Rede über die Politik der britischen Regierung auf der Genauer Konferenz gehalten. Beim Betreten des Saals wurde dem Premierminister, der sehr wohl ausah, von seinen Anhängern eine begeisterte Kundgebung dargebracht. Die Rede Lloyd Georges, der die Opposition mit scharfem Sarkasmus behandelte und seine Politik mit größtem Ernst und Nachdruck vertrat, wurde vom Saale mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und nur ab und zu bei ironischen Bemerkungen des Ministers an die Adresse seiner Gegner durch starkes Gelächter unterbrochen. Sie trat Lloyd George lebhaften Beifall ein. — Lloyd George erklärte:

Der Vertrag von Versailles sei fast derselbe, wie der vor der Washingtoner Konferenz eingebracht. Im Gegensatz zu den Vorstellungen habe das Kabinett den Vertrag in der Gestalt, wie er ihm eingebracht habe, genehmigt. Wenn der Vertrag abgelehnt werden sollte, so müßte eine andere Abordnung Großbritanniens in Genua vertreten. Die Konferenz sei einberufen worden, um die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas zu erwägen, das bis zu einem wie bisher ungeheuren Umfangem besetzt sei. Große Mühen seien im Kampfe. Die schon mit Steuern überbürdeten Völker hätten noch mehr Lasten zu tragen, um die Gefahren, die man jetzt fürchtet, abzuwehren. Genua sei bestimmt gewesen, die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und der Hebung des Wohlstandes zu prüfen.

Seit der Genauer Konferenz hätten sich neue Beschränkungen hinsichtlich der Aufgaben der Genauer Verhandlungen eingestellt.

Eine Versammlung wie die in Genua wäre nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen, auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre. Inwiefern hätte die nach dem Versäufers Vertrag vorgenommenen Grenzänderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten herbeigeführt.

Lloyd George behauptete, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Drogenkrise nicht verursacht.

Die Schwierigkeit der Lage sei der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien geschädigt seien.

Wenn der Versäufers Vertrag geändert würde, so würde die Last von Deutschland auf Frankreich und Belgien verfallen werden. Lloyd George fuhr fort: Wenn wir auf Zahlungen beständen, die die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes übersteigen, so würden wir die Krise beschleunigen, die nicht auf

Deutschland beschränkt sein würde, aber es ist zu erwägen, daß Deutschlands äußerliche Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen ist, wo es ebenso wie das übrige Europa um die Erholung von der Erschöpfung durch den Krieg kämpft. Auch sind diese Fragen nicht dazu angetan, in Genua entschieden zu werden.

Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung, entsprechend dem Versäufers Vertrag, nicht verzichten. Diese Fragen können dem Urteil einer Konferenz, auf der Deutschland, Österreich, Ungarn, Rußland und die Neutralen vertreten sind, nicht unterbreitet werden.

Die wirtschaftliche Lage Europas sei besonders berührt worden

1. durch die Frage der neuen Grenze und

2. durch das Reparationsproblem.

Die neue Ordnung der Grenzen besäße hauptsächlich in der Wiederverteilung des Elsas-Rothringens an Frankreich, die in wirtschaftlicher Beziehung eine große Veränderung bedeute. Dann sei Polen wiederhergestellt worden, und endlich seien die slavischen Bevölkerungen des ehemaligen Österreich-Ungarn als unabhängig anerkannt worden. Lloyd George sagte, er nehme nicht an, daß irgendein Mitglied des Saales wünsche, daß Elsas-Rothringen an Deutschland zurückgegeben werde. Unbeschreiblich hätten die Grenzveränderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten geschaffen. Die neu entstandenen Bevölkerungen hätten naturgemäß das Recht, Freiheit in wirtschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung zu genießen.

Lloyd George fuhr fort: Unter den Auspizien des Völkerbundes seien zahlreiche Konferenzen abgehalten worden und die Fragen der Wiederherstellung des Friedens, des Vertrauens, des Handels, des internationalen Handels usw. seien erörtert worden.

Die Konferenzen hätten beträchtliche Ergebnisse erzielt, wenn sie auch nicht alles erreicht hätten, was sie erreichen sollten.

Es wäre aber verfehlt, an diesem Grunde von einem Misserfolg zu sprechen. Wir dürfen uns nicht zu leicht niederdrücken oder enttäuschen lassen. Wenn durch eine Konferenz ein Fortschritt auf dem Wege zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten gemacht wird, so hat diese Konferenz ihren Zweck erfüllt. Ich verhehle nicht, weshalb die Arbeiterpartei gegen die Konferenz ist.

Da sie doch selbst durch Konferenzen groß geworden ist. Die Welt ist so zerfallen, ihre lebenswichtigen Organe sind so schwer verwundet, daß der Heilprozeß langsam voranschreiten muß und daß die Regie zahlreiche Konsultationen abhalten müssen. In Genua werden die Vertreter von 30 Nationen versammelt sein. Warum ist diese große Versammlung nötig? Weil Europa durch den Krieg vom Atlantischen Ozean bis zum Indus verheert wurde. Einige Länder liegen unter den Folgen des Krieges mehr, die andern weniger, aber in Völkerverheerung gezogen sind alle.

Kindermord

Aus der Schule her entsinne ich mich eines Lehrers, der uns in die Staatsbürgerkunde einweichte. Er machte es gründlich: Kaiser und Könige sind dazu da, um berechtigt zu werden; sie sind die Stellvertreter Gottes auf Erden, und sie sind reich und mächtig, um Gutes zu tun. Aber sie haben auch Feinde und die nennen sich Sozialisten. Die wollen Gott abschaffen, den Kaiser, den König, die Polizei, damit Woz und Todschlag herrschen. In diesem Stille gab uns der Erbe den letzten Unterrichtsbrief. Das war die „unpolitische Schule“ des alten Deutschlands. Ein Knäuel steht mir heute noch bis zum Halse, wenn ich an diesen Kindermord denke.

Die Sozialdemokraten fordern von der Schule, daß sie den Kindern ein objektives Bild der Staatsform und Staatseinrichtungen gibt. Parteipolitik und Parteiprogramme gehören nicht in die Schule, noch weniger die Verballhornung der Parteipolitik. Der Horizont von Kindern reicht zur Erfassung solcher politischer Sachverhalte nicht aus, soll dazu auch gar nicht ausreichen. Politik ist zur Hälfte eine Sache der Lebenserfahrung. Und selbst der Sachverständige, der mit achtzehn Jahren, läuft sich in der Welt der Parteigründlinge noch nicht zurechtfinden. Darum will die Sozialdemokratie die jungen Kurden und Wädel unserer Jugendorganisationen nach Möglichkeit von der Parteipolitik im engeren Sinne fernhalten; sie sollen von fünfzehn an das sozialistische Weltbild in großen Umrissen, kulturhistorisch verliert, erfassen lernen — allmählich und in demselben Tempo, in dem sie aus der Schule heraus und in das politische Leben hineinwachsen. Alles andere heißt klappernde Paragopen zitiert oder blaßfarbene Reden, deren Dampf verhaucht ist, wenn sie mit dem Dampf unverbauter Frische in den Kampf um der Menschheit große Gegenstände hineinstößen sollen.

Die Kommunisten haben Kindergruppen gegründet. Um lichtscheuerliche Arbeiterkinder ins Freie zu führen? Oder um ihnen die Welt ringum zu erschließen, soweit und wie gesunde Kinder sie begreifen können? Ein im Verlag Lange Garde erschienenen Jahrbuch für Arbeiterkinder 1922 gibt Antwort. Es ist der erste kommunistische Kinderkalender in deutscher Sprache. Das heißt, soweit die jungen Klassenkämpfer zwischen 7 und 14 Jahren, die sich in diesem Jahrbuch über Sipps, Bourgeoisie, die verfluchten Patrioten und ähnliche Themen äußern, eben deutsch schreiben können. Gedenkmäße halten in diesem Buch die rote Fahne hoch, Siebenfäs wird im Kampf mit dem Lehrer gezeigt. Eine Kindergeschichte von dem vierjährigen Heinz, der von der Polizei befragt wird, gibt in dem Wort: „Ein Spartakistenjunge berrät keinen Vater nicht!“ Wohlgerichtet, nur ein Spartakistenjunge tut das nicht!

Das ist kein Spottbuch der Gegner des Sozialismus, die ebendie Arbeiterbewegung so gern als ein Zummelstadium von Unreifeen karikierten — nein, das Buch ist blutig ernst gemeint. Die Kindergruppen sollen kämpfen gegen Rückständigkeit und für die Freiheit und Wahrheit. Nicht für die Freiheit und Wahrheit als Ideal an sich und für das, was das Kind im künftigen Leben als Wahrheit erkennt, sondern für die Wahrheit, wie die Kommunisten sie aufweisen, also etwa eine Diktatur, wie sie auf Seite 67 a. V. folgende Blüte hervorbringt:

Rußland ist arm, und dennoch sind seine Kinderheime wahrer Kinderparadiese. Deutschland ist reich, und seine Kinderheime meckern, wenn erst einmal die Kommunisten regieren, viel, viel schöner sein.

Wehr will ich euch jetzt nicht sagen. Diese Kinderheime und zukünftigen Schulen werden auch nicht als reife Früchte in den Schoß fallen, sie müssen erstrebt werden in einem heiligen Kampf gegen die Unterdrücker und Kapitalisten der ganzen Welt. Und an diesem Kampfe sollt und könnt ihr jetzt schon teilnehmen.

Der letzte Satz wurde von uns unterstrichen, er verdient es. Karl Marx' Wort, wonach die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann, wird hier gewissermaßen auf Hans Siebenfäs reduziert; die Befreiung der Hosenmäße wird das Werk der Hosenmäße selbst sein. Warum aber bei dieser Begrenzung stehen bleiben? Millionen Säuglinge leiden unter der Unbill der kapitalistischen Weltordnung. Also her mit Säuglingsgruppen, denn die Befreiung der Säuglinge von großen Wunden, verdünnter Milch, falschen Binden und Bandagen kann nur das Werk der Säuglinge selbst sein.

Die Politisierung der Kinder, wie sie von den Kommunisten betrieben wird, gehörte wirklich unter die Rubrik Heiteres, wenn hier nicht ein Soelenmord von ähnlich übler Art begangen würde, wie sie in umgekehrter Richtung jene Schule des kapitalistischen Obrigkeitstaates verübte, deren Weisheit am Anfang dieser Betrachtung gekennzeichnet wurde. Die Gemüter der Arbeiterkinder mit den Schlagworten des Klassenkampfes vollzustropfen, ihre Seelen mit politischen Schemen zu beschweren, deren Weien und Zusammenhänge sie nur allmählich und mit wachsender Reife erkennen können, heißt ihnen das höchste nahe Lebensfreude zu rauben, das gerade Proletarierkinder dringend notwendig brauchen. Ganz abgesehen vom literarischen und geistlichen Teil, der in diesem Kinderjahrbuch flüchtig, minderwertig und unfreiwillig komisch ist: was hier an politischer Vergiftung getrieben wird, ist eine Verflüchtigung an der Arbeiterkinder, die seine frühesten, phrasenplappernen Kinder, sondern einen selbstständig denkenden Nachwuchs brandet, der wirklich einmal zu den Kindern gehört hat. Wie unsere Kindern das Verständnis für soziale Fragen, auf die sie in ihrer Umwelt immer wieder stoßen, in einer dem kindlichen Denken zu Hilfe kommenden Weise erschaffen werden kann, das zeigen verschiedene Schriften, die das vom sozialdemokratischen

Die Wittelsbacher fordern

(Von unserm Münchner Korrespondenten)

Während der Staat außerstande ist, die Opfer der wittelsbacher-hohenzollerischen Politik aus Mangel an Mitteln zu vergelten, finden es die Wittelsbacher an der Zeit, durch ihren Rechtsbeistand Forderungen an den Staat zu stellen, die jedem rechtlich denkenden Bayern die Hornröte ins Gesicht treiben müssen.

Die bayerische Sozialdemokratie wird dem jedem Rechtsgesühl ins Gesicht schlagenden Gutachten des Beauftragten des bayerischen Königshauses, Geheimrats Beyerle, eine auf wissenschaftlicher Forschung sich gründende Gegenschritt entgegenzusetzen. Zunächst möge nur in rohen Umrissen über das Vermögensproblem der Wittelsbacher folgendes festgestellt werden:

Das „angestammte“ bayerische Herrscherhaus, das seinen Ursprung durch eine feile Geschichtsfabrik trotz den Einwänden der Hochwissenschaft bis auf das Jahr 907 v. Chr. zurückführt, herrichte noch zu Beginn des Mittelalters über freie Bauern und „Grundholden“. Trotz dem fortgesetzten Laufen nach den Grundbesitz des Volkes von seiten der Wittelsbacher wählten diese sich jahrhundertlang das Steuerbewilligungsrecht der Ständeversammlung, der Gemeindefreien und Markgenossenschaften zu erhalten. Selbst im 16. Jahrhundert noch besaß diese sogenannte „Landchaft“ die Schlüssel zu den Geldtrüben der Landchaftskasse und nicht der Herzog. Sie hatte auch den gesamten Verwaltungs- und Steuererhebungsapparat in ihren Händen.

Die Macht der Stände wurde dadurch zu Fall gebracht, daß die Bevollmächtigten der „Landchaft“ vom „angestammten Fürstenhaus“ mit List, Drohung und Gewalt dazu gebracht wurden, die Steuerbewilligung und Auszahlung der Staatsgelder diktatorisch unter Verletzung auf einen „König“ des Staates zu vollziehen, ohne die „Landchaft“ einzuüberufen. Diese sank dadurch allmählich zur Bedeutungslosigkeit herab. Die widerrechtliche Aneignung der Steuer- und Verwaltungsgewalt durch die Wittelsbacher bedeutete für das Bayernvolk persönliche und sachliche Enteignung, Auslieferung an den Kerker und damit Hinuntergleiten in einen Zustand der Verrohung, Unbildung, Vagabondie und des Abgrundes. Sie bedeutete aber auch Frondienst des rechtslos gemachten Landvolkes zugunsten des Fürstenhauses auf den 7000 der kurfürstlichen Kammer zugehörigen Bauernhöfen und auf den Bauplänen der wittelsbacherischen Lust- und Jagdschlösser. Sie bedeutete ferner Anhäufung eines gewaltigen Vermögens an Grundbesitz und Kunstschätzen unter Verletzung des Eigentumsrechtes zwischen Staat und Krone in den Händen der Wittelsbacher.

Welche Riesensummen von Arbeitskraft stecken allein in der Anlage der Wassermühle und des Gartens für das Schloss Schleißheim von 1680—1690! Es wurden eigens in der Würm Kanäle in der Länge von 30 bis 40 Kilometer abgegraben und im Frontdienst durch eine Arbeit von Jahrzehnten zum Schloss geleitet.

Die bayerische Besetzung hat es durch die Sabotage der Wittelsbacher niemals zu einer klaren Abgrenzung zwischen Staatsvermögen und Fürstengut gebracht. Und nun erdrücken sich die Agenten des ehemaligen Königshauses vom bayerischen Staat in vollem Umfang zu verlangen: Die Staatsdomänen, die Residenzen, Schlösser und andre Hofbauten, Kräfte und Registratorien, die Einrichtungen der Hofkapellen und Hofämter, den Hauschat, die Sammlungen für Künste und Wissenschaften, darunter die Hof- und Staatsbibliothek, das Münzkabinett, Vinasothek und Nationalmuseum. Und förmlich zum Lohn wird die ehemalige „Hülfsliste“, die Aufwandsentschädigung für Repräsentationszwecke des Fürstenhauses auch noch weiter verlangt, da „die Verpflichtung zu deren Bezahlung durch die Revolution nicht erloschen sei“.

Diese unerhörte Annahme wird hoffentlich das eine zur Folge haben: die innere Abkehr des großen Teiles des rechtlich denkender Volkes von Wittelsbach.

Der schweigende Stresemann

Die B. a. W. erinnert daran, daß ein Teil der linkslebenden deutschen Presse vor zehn Tagen aufsehenerregende Enthaltungen aus Österreich übernommen hat, wonach vor etwa zwei Jahren Millionen und aber Millionen Karl von Stresemann an einen früheren österreichischen Offizier in der Mauer zur abendlichen Propaganda in Tirol gefandt worden sind. Der Stresemann hat bisher davon geschwiegen. Wäre die Nachricht falsch, so hätte er natürlich sofort mit stiller Entrüstung demontiert. Die Tatsache steht also fest. Die Sache ist nur die: wessen Geld hat Stresemann nach Tirol gefandt? Er selbst ist zwar recht gut situiert, aber doch nicht in der Lage, Millionen für Propagandazwecke hinzugeben. Wer ist also der „große Unbekannte“, dem er als Geldbriefträger gedient hat? Uns scheint, auch die deutsche Regierung hätte ein gewisses Interesse an der Klarstellung der Angelegenheit. Es handelt sich immerhin um eine Sache von beträchtlicher außenpolitischer Tragweite. Zur Zeit der Geldsendungen war es uns derselbe Dr. Simonis Minister des Auswärtigen, der jetzt wieder in dem amtliche deutsche Funktionen wahrgenommen hat.